

## **Redebeitrag der CDU Groß-Bieberau zum TOP 8 "Runder Tisch B38 und Resolution zum Bau"**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht der CDU Groß-Bieberau gibt es zu dem Antrag der SPD Folgendes zu sagen:

Selbstverständlich ist auch uns daran gelegen, das Thema schnellstmöglich voran zu treiben. In der Vergangenheit haben wir alle gemeinsam verschiedene Schritte einvernehmlich unternommen, um in der Thematik weiter zu kommen. Insbesondere ist es uns gelungen, das Projekt überhaupt wieder in den „Vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans zu bringen.

Aus unserer Sicht ist nun aber auch endlich der Magistrat und die Verwaltung gefragt. Wir erinnern an den einen oder anderen Antrag bzw. Anfrage der FWG, was zeitnah und eigeninitiativ in diesem Projekt unternommen werden kann. Stets kam der Hinweis des Bürgermeisters, dass man hier mit Hochdruck an der Sache dran sei und permanent die entscheidenden Stellen in der Bundes- und Landespolitik bearbeite....passiert ist bisher wenig.

Der hessische Verkehrsminister hat bereits im letzten Sommer verlauten lassen, dass das Land Hessen aufgrund nicht zur Verfügung stehender Planungskapazitäten zunächst die Autobahn- und Instandsetzungsprojekte an Brücken usw. bearbeiten wolle und dann ab 2021 an die weiteren Ortsumfahrungen gehe. Die ist natürlich inakzeptabel und bedauerlich. Zahlreiche Kommunen, die betroffen sind wie Groß-Bieberau, schreiben sich im Moment die Finger wund nach Wiesbaden, mir ist nicht bekannt, dass aus unserem Rathaus bereits etwas verfasst wurde.

Am 28.11. tagte bereits ein Runder Tisch bei der IHK Darmstadt Rhein-Main-Neckar, Anfang März wird dieses Gremium, welches als eines der wenigen Gehör in Wiesbaden finden könnte, zum 2. Mal tagen. Teilgenommen haben u.a. die beiden MdB des Wahlkreises, unser Landrat, unser Bürgermeister sowie einige weitere Bürgermeister der betroffenen Region. Das Positionspapier wird gerade erarbeitet und soll im März verabschiedet werden.

Bitte verraten Sie uns, welche anderen Akteure Sie zu diesem neuerlichen Runden Tisch einladen wollen und warum ausgerechnet unser Bürgermeister die Themen besser voran bringen sollte, als unser Landrat oder die IHK oder die Frau Lips oder von uns aus auch ihr Herr Dr. Zimmermann.

Vielmehr würde es aus unserer Sicht Sinn machen, sich mit dem Magistrat der Stadt Reinheim zu besprechen, die vor einigen Jahren vor dem Bau der OU Reinheim in einer ähnlichen Situation waren wie unsere Stadt. Der damalige und heute noch tätige Bürgermeister Hartmann begann in beispielloser Eigeninitiative die notwendigen Vorarbeiten wie Grundstückssicherungen und ingenieurtechnische Vorplanungen und

konnte dann nach Vorlage der Genehmigungsplanung das eigentliche Bauprojekt schnell umsetzen. Insofern könnte man sich hier mit Erfahrung „aus der Nähe“ eine Checkliste zusammenstellen, die dann abgearbeitet werden muss.

Aus den vorgenannten Gründen macht es aus unserer Sicht wenig Sinn einen weiteren Runden Tisch zu initiieren, viel mehr sollte man den bestehenden bei der IHK unterstützen.

Der Magistrat wird gebeten, hier zeitnah nach dem 2. Treffen im März zu berichten. Eine Resolution würden wir, wenn sie denn mehrheitlich hier beschlossen wird, unterstützen.

Wir beantragen daher, den vorliegenden Antrag in 2 Abstimmungen - zu a) UND zu b) - zu behandeln und folgendermaßen zu ändern.

Vielen Dank.

## **Änderungsantrag der Fraktion der CDU zum**

### **TOP 8 der Stvv vom 19.02.2018 „Antrag der SPD B38 Umfahrung“**

In Abänderung / Ergänzung des Teilantrages a) beantragen wir, den Magistrat der Stadt Groß-Bieberau zu beauftragen, mit dem Magistrat der Stadt Reinheim Kontakt aufzunehmen und die damaligen, ersten wesentlichen Schritte der Realisierung der OU Reinheim in Erfahrung zu bringen und darüber detailliert im Ausschuss LUBV zu berichten.

Einen weiteren Runden Tisch halten wir nicht für notwendig, wenn aus dem laufenden Runden Tisch der IHK Darmstadt Rhein-Main-Neckar, an dem alle entscheidenden Beteiligten mitwirken, regelmäßig berichtet wird.

Die Fraktion der CDU beantragt eine getrennte Abstimmung zu den Unterpunkten a) und b).